

**AMNESTY INTERNATIONAL** Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.  
El Salvador-Koordinationsgruppe . Postfach 7123 . 71317 Waiblingen  
T: +49 7151 28289 . F: +49 7181 43987 . E: [info@ai-el-salvador.de](mailto:info@ai-el-salvador.de)  
W: <https://www.amnesty.de> . <https://www.ai-el-salvador.de>  
[https://twitter.com/AI\\_El\\_Salvador](https://twitter.com/AI_El_Salvador)  
<https://www.facebook.com/AmnestyMenschenrechteElSalvador/>

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft  
IBAN DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC BFSWDE33XXX . Zweck: 2129



03. April 2020

## EL SALVADOR: ERIKA GUEVARA ROSAS: IM KAMPF GEGEN COVID-19 IST KEIN PLATZ FÜR AUTORITARISMUS

Artikel aus elfaro. Erika Guevara Rosas ist Direktorin für die Länder Amerikas bei Amnesty International

Die COVID-19-Pandemie ist eine der größten Herausforderungen unserer jüngeren Geschichte und erlegt den Staaten auf der ganzen Welt, darunter auch El Salvador, eine enorme Verantwortung auf. Das Virus betrifft alle Menschen, aber nicht alle auf die gleiche Weise. Die Krise zeigt, wie unterschiedliche Formen von Ausgrenzung, Ungleichheit und Menschenrechtsverletzungen miteinander verbunden sind. Sie bietet den Regierungen in Mittelamerika aber auch die Möglichkeit, die radikalen Veränderungen vorzunehmen, die notwendig sind, um zu der Gesellschaft zu werden, die wir sein wollen.

Es handelt sich nicht nur um eine Krise der öffentlichen Gesundheit, sondern auch um eine Krise der Menschenrechte. Die Krise hat zum einen unmittelbaren Auswirkungen, aber auch mittel- und langfristig schwerwiegenden Folgen.

Wir bei Amnesty International sind überzeugt von der essenziellen Rolle der zivilgesellschaftlichen Organisationen, die Bemühungen der Staaten zur Überwindung der COVID-19-Krise zu unterstützen. Die Arbeit dieser Organisationen ist besonders in unserer Region fundamental. Dies zeigt ihre bisherige Erfolgsbilanz und ihr historischer Einsatz für den Schutz der Opfer von Menschenrechtsverletzungen und der von den Staaten selbst im Stich gelassenen Bevölkerungsgruppen. Das bedeutet, dass diejenigen, die aktuell für die Konzeption und die Umsetzung der staatlichen Antwort auf die Krise verantwortlich sind, auf die Stimmen von Menschenrechtsorganisationen hören sollten. Die Empfehlungen der Organisationen sollten in die öffentliche Politik einfließen, die die Auswirkungen der Pandemie verringern soll.

Unsere Organisation arbeitet in El Salvador seit vielen Jahren Hand in Hand mit sozialen Bewegungen, Menschenrechtsorganisationen und Opferverbänden und lernt von ihnen. Ohne das Engagement und die solide Arbeit dieser Gruppen wäre die Menschenrechtssituation im Land zweifellos noch schlechter. Es sind die Menschenrechtsverteidiger:innen, die über Jahre hinweg die Verantwortung des Staates übernommen haben, das Leben seiner Bewohner zu schützen. Dabei haben sie ihr eigenes Leben, ihre Integrität und Sicherheit riskiert, um die Rechte aller Menschen im Land zu schützen und zu verteidigen.

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



Dieses spezielle Thema war auch Teil meines persönlichen Gesprächs mit dem Präsidenten von El Salvador, Nayib Bukele, während seines Treffens mit der Delegation von Amnesty International im Juni letzten Jahres. Bei dieser Gelegenheit wiesen wir den Präsidenten erneut auf die wichtige Arbeit der salvadorianischen zivilgesellschaftlichen Organisationen hin. Wir betonten auch die Notwendigkeit, Räume für eine wirksame Beteiligung zu schaffen, in denen die Organisationen der salvadorianischen Zivilgesellschaft ihre Anliegen und alternative Lösungen für die Herausforderungen, vor denen das Land steht, mit der gegenwärtigen Regierung teilen können.

Trotz der Tatsache, dass seit unserem Gespräch mit Präsident Bukele neun Monate vergangen sind, sind unsere Bedenken über den Mangel an den angesprochenen Räumen für eine wirksame Beteiligung der Zivilgesellschaft nicht nur nach wie vor gültig; sie haben sich vielmehr vertieft.

Am vergangenen Sonntag, während die Gesetzgebende Versammlung El Salvadors über die mögliche Verlängerung des Gesetzes über die vorübergehende Einschränkung der Rechte diskutierte, beschuldigte der Präsident in den sozialen Netzwerken öffentlich und ohne Beweise Menschenrechtsorganisationen, "dafür zu arbeiten, dass mehr Menschen getötet werden" und "auf der Seite des Virus" zu stehen.

Solche gefährlichen und weit hergeholt Botschaften sollten nicht auf die leichte Schulter genommen werden, insbesondere wenn Menschenrechtsverteidiger:innen wegen ihrer Arbeit ständigen Angriffen ausgesetzt sind. Präsident Bukele und seine Regierung müssen sich darüber im Klaren sein, dass die ernste Situation der Pandemie nicht durch Maßnahmen gelöst werden kann, die die Menschenrechte weder achten noch gewährleisten, sondern sie vielmehr ausschließen. Die Bekämpfung der Pandemie ist eine Frage der Menschenrechte, und zivilgesellschaftliche Organisationen, die versuchen, die staatliche Reaktion des Staates zu verbessern, dürfen nicht durch öffentliche Stigmatisierung bestraft werden. Botschaften, die darauf abzielen, diejenigen zu erschrecken oder zum Schweigen zu bringen, die nur ihr Recht auf Verteidigung der Menschenrechte ausüben, sind inakzeptabel.

Die Pandemie darf keine Entschuldigung für die Verletzung von Menschenrechten sein. Regierungen dürfen nicht nach Sündenböcken suchen, um ihre eigenen Versäumnisse oder Fehler zu vertuschen. In dieser Krise, die von den Regierungen wirksame Antworten und von verschiedenen Bereichen der Gesellschaft Mitarbeit verlangt, ist kein Platz für Autoritarismus. Präsident Bukele muss Erzählungen und restriktive Maßnahmen als Mittel zur Unterdrückung oder Stigmatisierung von Menschenrechtsverteidigern und ihren Organisationen unbedingt vermeiden. Die salvadorianische Regierung kann viel aus der Arbeit von Menschenrechtsorganisationen lernen und der Krise umfassend und im Einklang mit internationalen Verpflichtungen begegnen. Statt sie als Hindernis zu sehen, hat der Präsident die Möglichkeit, sich dieser Herausforderung verantwortungsvoll zu stellen und ernsthaft auf Organisationen zu hören, die sich seit vielen Jahren für ein besseres Land einsetzen.



Herr Präsident, Menschenrechtsverteidiger:innen stehen jeden Tag auf, um El Salvador ein neues und besseres Gesicht zu geben. Angriffe auf sie dürfen in Ihrer Strategie gegen die Pandemie keinen Platz haben. Vielmehr muss die unschätzbare Arbeit von Menschenrechtsverteidigern und ihren Organisationen öffentlich anerkannt und weiterhin gewährleistet sein. Konstruktive Kritik annehmen, aus den Vorschlägen und Empfehlungen der Zivilgesellschaft lernen und den Dialog als Mechanismus zur Beteiligung einzurichten - das sind die Mindestanforderungen, die von einer Regierung, die sich für die Menschenrechte einsetzt, erwartet werden.

Unverbindliche Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe  
Verbindlich ist das spanische Original:

**En el combate al COVID-19 no hay cabida para los autoritarismos**

<https://elfaro.net/es/202004/columnas/24234/En-el-combate-al-COVID-19-no-hay-cabida-para-los-autoritarismos.htm>

